

Tagesordnung

**der 15. Sitzung des Kreisausschusses am
Dienstag, 14. Februar 2012, 18.00 Uhr,
kleiner Sitzungssaal, Kreishaus Heinsberg**

Öffentliche Sitzung:

1. Erstellung eines kreisübergreifenden Schulentwicklungsplans für Berufskollegs
2. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012
3. Gemeinsamer Antrag nach § 5 GeschO der FDP- und GRÜNE-Fraktion bzgl. „Gesamtkonzept zur interkommunalen Zusammenarbeit“
4. Gemeinsamer Antrag nach § 5 GeschO der CDU-, SPD-, GRÜNE-, FDP-, DIE LINKE- und FW-Fraktion bzgl. „Kommunalpolitisches Praktikum“
5. Antrag nach § 5 GeschO der FW-Fraktion bzgl. „Personalentwicklungskonzept“
6. Bericht der Verwaltung
7. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

8. Besetzung der Stelle einer Schulleiterin/eines Schulleiters an der Gebrüder-Grimm-Schule
9. Indirekte Beteiligung des Kreises Heinsberg an der EWV Baesweiler GmbH & Co. KG sowie der EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH
10. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Genehmigung von Dienstreisen
11. Bericht der Verwaltung
12. Anfragen

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 14.02.2012

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 1:

Erstellung eines kreisübergreifenden Schulentwicklungsplans für Berufskollegs

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Schulausschuss	24.01.2012
Kreisausschuss	14.02.2012

Finanzielle Auswirkungen:	ca. 20.000,00 €
----------------------------------	-----------------

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Bereits mehrfach wurde der Schulausschuss über die Thematik „Fachklassen des dualen Systems an Berufskollegs“ informiert. Zuletzt in der Schulausschusssitzung am 10.05.2011 hat die Verwaltung darüber berichtet, dass die Bezirksregierung Köln beabsichtigt, die Einrichtung verschiedener Fachklassen am Berufskolleg EST des Kreises Heinsberg in Geilenkirchen zukünftig wegen zurückgehender Schülerzahlen und Unterschreitung der gesetzlichen Mindestschülerzahl nicht mehr zu genehmigen. Wie seinerzeit angekündigt, hat der Kreis Heinsberg zu dieser Thematik zunächst Gespräche mit der StädteRegion Aachen als Schulträger geführt, die später um den Kreis Düren erweitert wurden. Es bestand bei diesen Gesprächen Einvernehmen, dass aufgrund der Komplexität der kreisübergreifenden Verflechtungen im Bereich der beruflichen Ausbildung eine ausschließlich auf einen Kreis beschränkte Schulentwicklungsplanung nicht mehr zeitgemäß ist. Vereinbart wurde zu prüfen, inwieweit eine kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs in der Region realisierbar ist, wobei neben den Kreisen Heinsberg und Düren sowie der StädteRegion Aachen auch der Kreis Euskirchen mit in die Überlegungen einbezogen werden sollte. Die Verwaltung und die Schulleitungen der Berufskollegs in der Trägerschaft des Kreises Heinsberg unterstützen ausdrücklich die Erstellung eines entsprechenden Schulentwicklungsplans für die gesamte Region. Es ist der Verwaltung bekannt, dass die Kreise Düren und Euskirchen sowie die StädteRegion Aachen einer Verwirklichung einer kreisübergreifenden Schulentwicklungsplanung positiv gegenüberstehen.

Die Entwicklung im Bereich der berufsbildenden Schulen ist gegenwärtig noch von steigenden Schülerzahlen mit unterschiedlichen Verläufen im Teilzeit- und Vollzeitbereich gekennzeichnet. Zugleich vollziehen sich Verlagerungen in der Bildungsgangwahl vor dem Hintergrund von Angebot und Nachfrage im Beschäftigungssystem. Insofern bedürfen die berufsbildenden Schulstandorte einer Überprüfung ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Kapazitäten und Versorgungsstrukturen. Hierbei sind alle regionalen und lokalen Möglichkeiten wie Schuleinzugsbereiche, Bildung von Fachklassen, Bündelung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu untersuchen.

Aufgrund dieser Ausgangslage wird von der Verwaltung ein Handlungsbedarf gesehen, zu überprüfen, wie die Schulstandorte in welcher Form und mit welchen Schülerzahlen in den einzelnen Bildungsgängen für die zukünftigen Herausforderungen organisiert werden können, u. a. auch um die finanziellen Ressourcen gezielter einsetzen zu können. Dies bedingt eine umfassende Analyse der gegenwärtigen wie zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Berufskollegs im Kontext mit ihrer Versorgungsfunktion für den Kreis Heinsberg und in der überregionalen Verflechtung. Dabei ist auch zu klären, inwieweit bei zukünftig rückläufigen Schülerzahlen und fortschreitenden Anforderungen die vorhandenen Raumkapazitäten ausgelastet werden können und in welchem Umfang in den nächsten Jahren sich der Raumbedarf entwickeln wird. Auch wenn im Bereich der beruflichen Ausbildung zum Teil noch mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen ist, kann als gesichert angesehen werden, dass längerfristig aufgrund des demografischen Wandels ein Rückgang der Schülerzahlen folgen wird. Hierauf hat sich auch die berufliche Schulentwicklungsplanung einzustellen. Zentrale Elemente eines Gutachtens sollen die Sicherung und Optimierung der Angebotsstrukturen der Berufskollegs im Kreis Heinsberg sein. Das Gutachten soll Alternativen für die zukünftige Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens im Kreis Heinsberg und in der Region aufzeigen, um eine langfristige Planung entwickeln und umsetzen zu können. Im Rahmen der kreisweiten Schulentwicklungsplanung im Jahr 2010, die von der Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, („biregio“) erstellt wurde, wurden die Berufskollegs lediglich summarisch und bezogen auf den Kreis Heinsberg analysiert. Eine detaillierte und differenzierte Betrachtung der Berufskollegs des Kreises Heinsberg hat – ebenfalls von der „biregio“ – zuletzt 1999 stattgefunden. Die für die kreisübergreifende Schulentwicklungsplanung für Berufskollegs vom Kreis Heinsberg aufzubringenden Kosten werden sich auf ca. 16.600,00 € zzgl. MwSt. belaufen, sodass die Auftragsvergabe als Geschäft der laufenden Verwaltung erfolgen kann.

Beschlussempfehlung:

Auf Vorschlag der Verwaltung empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss einstimmig, gemeinsam mit den Kreisen Düren und Euskirchen sowie der StädteRegion Aachen die Erstellung eines kreisübergreifenden Schulentwicklungsplans für Berufskollegs anzustreben. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierzu erforderlichen Abstimmungen herbeizuführen und Maßnahmen durchzuführen. Die notwendigen Gutachtenkosten in Höhe von ca. 16.600,00 € zzgl. MwSt. werden im Haushalt 2012 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Eine Nichtbeteiligung eines genannten Partners steht der Realisierung des Vorhabens nicht entgegen.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 14.02.2012

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 2:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	02.02.2012
Kreisausschuss	14.02.2012
Kreistag	23.02.2012

Finanzielle Auswirkungen:	ja
----------------------------------	----

Leitbildrelevanz:	ja
--------------------------	----

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2012 wurde am 20.12.2011 in den Kreistag eingebracht und den Kreistagsabgeordneten ausgehändigt. Zur weiteren Information wurde den Erläuterungen zur Kreistagsitzung als Anlage 2 ein Papier zu den Eckdaten des Entwurfs des Kreishaushaltes 2012 beigelegt, mit dem die Bürgermeister im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens am 07.11.2011 über die wesentlichen Inhalte des Entwurfs der Haushaltssatzung 2012 informiert wurden. Auf diese Unterlagen wird ergänzend verwiesen.

Die FW-Fraktion hat am 26.01.2012 einen Antrag gem. § 10 Abs. 2 gestellt. Dieser ist als **Anlage 1** beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss schlägt dem Kreisausschuss einstimmig (bei 5 Enthaltungen) vor, dem Kreistag zu empfehlen, der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 14.02.2012

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 3:

Gemeinsamer Antrag nach § 5 GeschO der FDP- und GRÜNE-Fraktion bzgl. „Gesamtkonzept zur interkommunalen Zusammenarbeit“

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreisausschuss	14.02.2012
Kreistag	23.02.2012

Es wird auf den als **Anlage 2** beigefügten Antrag der FDP und GRÜNE-Fraktion vom 20.01.2012 verwiesen.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 14.02.2012

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 4:

Gemeinsamer Antrag nach § 5 GeschO der CDU-, SPD-, GRÜNE-, FDP-, DIE LINKE- und FW-Fraktion bzgl. „Kommunalpolitisches Praktikum“

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreisausschuss	14.02.2012
Kreistag	23.02.2012

Es wird auf den als **Anlage 3** beigefügten Antrag der CDU-, SPD-, GRÜNE-, FDP-, DIE LINKE- und FW-Fraktion vom 01.02.2012 verwiesen.

Erläuterungen

zur Tagesordnung der Kreisausschusssitzung am 14.02.2012

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag nach § 5 GeschO der FW-Fraktion bzgl. „Personalentwicklungskonzept“

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Kreisausschuss	14.02.2012
Kreistag	23.02.2012

Es wird auf den als **Anlage 4** beigefügten Antrag der FW-Fraktion vom 26.01.2012 verwiesen.

FW –Fraktion Kreis HS – Valkenburger Straße 45 – 52525 Heinsberg

An den
Landrat des Kreises Heinsberg
Herrn Stephan Pusch
Kreisverwaltung
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg

Nachrichtlich: CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion B90/Grüne
FDP-Fraktion
Fraktion Die Linke
Kreisverwaltung

Heinsberg, den 26.01.2012

Antrag gem. Geschäftsordnung zur Vorlage im Kreistag des Kreises Heinsberg
Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2012, § 4, Verringerung der
Ausgleichsrücklage

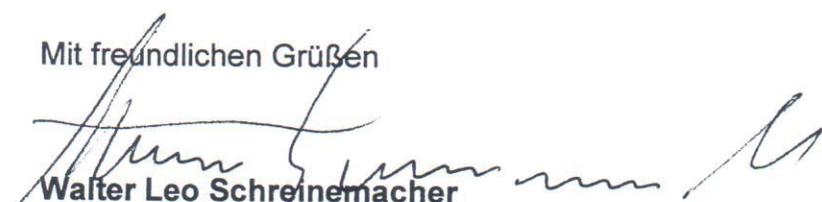
Sehr geehrter Herr Landrat Pusch,

die aktuelle wirtschaftliche Situation im Kreis Heinsberg lässt den Schluss zu, dass sich die Haushaltssituation der Kommunen und des Kreises temporär verbessern wird. Von daher ist eine weitere Verringerung der Ausgleichsrücklage und eine damit dann verbundene Reduzierung der Kreisumlage sinnvoll. Die Kommunen des Kreises Heinsberg würden somit weiter entlastet. Eine moderate Änderung ist daher im Sinn der Beteiligten.

Beschlussvorschlag

Zum Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2012 wird in § 4 abweichend vom Entwurf beschlossen, dass die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans auf 10.000.000 € festgesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen



Walter Leo Schreinemacher
Fraktionsvorsitzender

Fraktion der FDP

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Kreistag Heinsberg
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Herrn Landrat
Stephan Pusch

im Hause

CDU-Fraktion,
SPD-Fraktion,
FW-Fraktion und
Fraktion Die LINKE z. K.:

20. Januar 2012

Gesamtkonzept zur interkommunalen Zusammenarbeit Antrag gem. § 5 der GeschO für den Kreistag des Kreises Heinsberg zur Beratung in der nächsten Kreisausschuss- und Kreistagssitzung

Sehr geehrter Herr Landrat,

in jüngster Zeit hat sich der Zwang der Gemeinden und Städte im Kreis Heinsberg zur Konsolidierung ihrer Haushalte nochmals gesteigert. Die zentrale Herausforderung hierbei bleibt, wie die Kommunen Kosten auch in der Verwaltung senken können, dabei ihre Leistungen jedoch in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu erhalten, ohne Kernkompetenzen aus der Hand zu geben oder die Handlungsfähigkeit der Kommune einzuschränken. Hierzu kann die verstärkte interkommunale Zusammenarbeit einen wertvollen Beitrag leisten, wie von Ihnen in Ihrer Rede am 20.12.2011 im Kreistag gefordert.

Im Zuge einer Verwaltungsmodernisierung sind verschiedene Optionen denkbar, wie z.B. eine bessere Koordination der Aufgabenerfüllung, die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur und Inventar, Beschaffungswesen, Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten etc.

Wir beantragen daher, die Kreisverwaltung soll mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ein Gesamtkonzept erstellen, welches im

Rahmen der aktuellen Gesetzgebung zwischengemeindliche Kooperationspotenziale und die Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit im und mit dem Kreis Heinsberg aufzeigt. Beispielhaft hierfür sei ein Modellprojekt des Landes NRW "Shared Services" zwischen den Kommunen Marienheide, Wipperfürth, Radevormwald und Hückeswagen sowie die erstellte Übersicht der Stadt Erkelenz über Beispiele/Vorschläge zur interkommunalen Zusammenarbeit genannt.

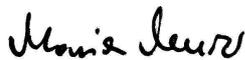
Der Kreisausschuss und Kreistag möge daher wie folgt beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zwischengemeindliche Kooperationspotenziale zu erörtern und ein Gesamtkonzept zur interkommunalen Zusammenarbeit zu erstellen. Dies soll bis zum 30.06.2012 dem Kreisausschuss in tabellarischer Form vorgelegt werden. Darüber hinaus sollen hemmende und begünstigende Faktoren einzelner Maßnahmen benannt werden.

Mit freundlichen Grüßen



für die FDP-Kreistagsfraktion
Stefan Lenzen, Fraktionsvorsitzender



für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maria Meurer, Fraktionsvorsitzende

**Fraktion der CDU****Fraktion der SPD****Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN****Fraktion der FDP****Fraktion DIE LINKE****FW-Fraktion**

im Kreistag Heinsberg

Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Herrn Landrat
Stephan Pusch

im Hause

Heinsberg, 01.02.2012

Antrag nach § 5 Geschäftsordnung zur Beratung im Kreistag am 23.02.2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

bei der Kommunalwahl 2009 haben sich lediglich ca. 55 % der Bürgerinnen und Bürger an der Wahl des Kreistages beteiligt. Dies entsprach einem Rückgang der Wahlbeteiligung um ca. 2,7 %. Annähernd 92.000 Menschen im Kreis Heinsberg haben im Jahr 2009 demnach keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht gemacht. Der Anteil der Wähler und Wählerinnen zwischen 21 und 25 Jahren betrug laut einer Erfassung des Landesbetriebs für Information und Technik Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl 2010 in allen Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen lediglich 41,7 %. Die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DieLinke und FW sind der Auffassung, dass der immer geringer werdenden Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen entgegengewirkt werden muss. Dabei müssen vor allem Jugendliche in den politischen Prozess integriert werden. Die tägliche Erfahrung unserer Arbeit zeigt, dass es jungen Menschen insbesondere an Einsicht in die kommunalpolitischen Abläufe und Entscheidungsprozesse fehlt. Deswegen sollte die Politik im Kreis Heinsberg es als ihre Aufgabe verstehen, geeignete Instrumente zu finden, mit welchen der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden kann. Ein geeignetes Instrument sehen die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DieLinke und FW in dem Angebot eines kommunalpolitischen Praktikums für Jugendliche im Kreis Heinsberg. Bei der Planung und Durchführung dieses Praktikums könnte man sich an dem als **Anlage** beigefügten Konzept der Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg orientieren. Ein Vorteil dieses Instruments ist die Möglichkeit, mit geringen Kosten Jugendliche anzusprechen, auf die Kreispolitik aufmerksam zu machen und zum Engagement zu ermutigen.

Die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DieLinke und FW beantragen in der Sitzung des Kreistages am 23.02.2012 zu beschließen:

1. Der Kreis Heinsberg führt ab dem Jahre 2012 ein kommunalpolitisches Praktikum im Kreis Heinsberg durch.

2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Koordination und Durchführung dieses kommunalpolitischen Praktikums zu übernehmen. Hierbei sollte sich an dem als **Anlage** beigefügten Konzept der Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg orientiert werden. Aufgrund des umfangreichen Inhalts sollte das kommunalpolitische Praktikum nach Möglichkeit in zwei Seminaren, einem Grund- und einem Aufbaukurs, angeboten werden.

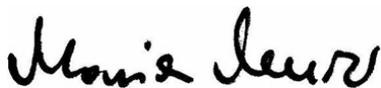
Mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans
- Vorsitzender der CDU-Fraktion -



Michael Stock
- Vorsitzender der SPD-Fraktion -



Maria Meurer
-Vorsitzende der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -



Stefan Lenzen
- Vorsitzender der FDP-Fraktion -



Dieter Meurer
- Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE -

gez.
Walter Leo Schreinemacher
- Vorsitzender der FW-Fraktion -

Konzept

I. Titel

Kommunalpolitisches Praktikum für Jugendliche und junge Erwachsene im Kreis Heinsberg

II. Inhalte

- Lebenswelt Kreis, Städte und Gemeinden (zwei Unterrichtsstunden)
- Grundsätze des Staatsaufbaues der Bundesrepublik Deutschland - vom Bund bis zu den Kommunen (zwei Unterrichtsstunden)
- Kommunalrecht (zwei Unterrichtsstunden)
- Kreistagsfraktionen stellen sich vor (je 30 Minuten = ca. drei Zeitstunden)
- Teilnahme an einer Fraktionssitzung
- Verhandeln und Reden – Rhetorik (drei Unterrichtsstunden)
- Teilnahme an einer Ausschusssitzung nach Auswahl der Seminarteilnehmer
- Teilnahme an einer Kreisausschuss- und/oder Kreistagssitzung
- „Planspiel“ Kreistagssitzung zu einem vorher vereinbarten Thema (drei Unterrichtsstunden)
- Gespräch mit Verwaltungsmitarbeitern

Gesamtseminardauer: ca. 20 USt.

III. Teilnehmer

Die Werbung erfolgt durch Presseinformationen bzw. Flyer, die auch an die entsprechenden Schulen im Kreis Heinsberg verteilt werden; außerdem erfolgt Aufnahme in das VHS-Programm 2012/2013 und die Internet-Programmveröffentlichung.

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt sechs, die maximale Teilnehmerzahl 20 Personen.

Alter der Teilnehmenden: 16 bis 20 Jahre (Zielgruppe: Schüler/innen der Klassen 10-13 und der Berufskollegs).

IV. Kosten

Die Teilnahme ist für die Jugendlichen/jungen Erwachsenen kostenlos.

Die entstehenden Kosten für die Referenten, Materialien bzw. die Organisation des Praktikums könnten aus dem Budget der Bildungsoffensive gegen extremistische Parteien gedeckt werden.

V. Ort

Kreishaus Heinsberg

VI. Zeitpunkt

An einem Wochentag (Mo. – Do.) jeweils ab ca. 18.00 Uhr; vierzehntägig bzw. im Rahmen von Wochenendunterrichtsblöcken.

VII. Durchführung

Programmjahr 2012/2013 der Volkshochschule

VIII. Zertifikat

Zum Abschluss des Seminars wird ein Zertifikat ausgestellt soweit mindestens an 2/3 der Unterrichtsstunden teilgenommen wurde. Von einer förmlichen Prüfung bzw. einem förmlichen Test wird abgesehen.

IX. Evaluation

Am Ende des Praktikums findet gemeinsam mit den Teilnehmenden eine Bewertung des Praktikums insbesondere hinsichtlich der Praktikums-Inhalte und der Organisation statt. Die Ergebnisse sind Grundlage für evtl. Folgemaßnahmen.

X. Veranstalter

Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg

g. 22.12

FW –Fraktion Kreis HS – Valkenburger Straße 45 – 52525 Heinsberg

An den
Landrat des Kreises Heinsberg
Herrn Stephan Pusch
Kreisverwaltung
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg

Nachrichtlich: CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion B90/Grüne
FDP-Fraktion
Fraktion Die Linke
Kreisverwaltung

Heinsberg, den 26.01.2012

Antrag gem. Geschäftsordnung zur Vorlage im Kreistag des Kreises Heinsberg
Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes unter Einbeziehung der Kostenentwicklung und der damit verbundenen Pensionskostenrückstellung

Sehr geehrter Herr Landrat Pusch,

der Haushaltsentwurf 2012 des Kreises Heinsberg zeigt eine Zunahme der Kosten im Bereich Personal. Dies obwohl in den letzten 10 Jahren die Bevölkerungsentwicklung im Kreis Heinsberg gleich bleibend, bzw. sogar rückläufig ist. Die Zunahme der Personalkosten ist nicht auf die jährliche Teuerungsrate zurück zu führen. Gerade auch im Bereich der frei werdenden Leitungsstellen sollte daher konzeptionell eine mit dem Kreistag abzustimmende Entwicklungsstudie erstellt werden. Dies um für das kommende Jahrzehnt innerhalb der Kostenentwicklung besser planen zu können und sich ändernden wirtschaftlich negativen Entwicklungen entgegen zu treten.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung des Kreises Heinsberg erstellt ein Personalentwicklungskonzept für die nächsten 10 Jahre unter Einbeziehung der Kostenentwicklung und der damit verbundenen Personalarückstellungskosten.

Mit freundlichen Grüßen


Walter Leo Schreinemacher
Fraktionsvorsitzender

Vorsitzender: Walter Leo Schreinemacher – Langbroicher Straße 3
52525 Heinsberg – Fon +49 2452 4567
Email: schreinemacher1@aol.com

Geschäftsstelle: Valkenburger Straße 345 - 52525 Heinsberg
Fon +49 2452 131740 - Fax +49 2452 131745
Email: fw-fraktion@kreis-heinsberg.de
www.fw-kreis-heinsberg.de

Kontoverbindung: Raiffeisenbank eG Heinsberg – Konto-Nr.:3302737010 – BLZ 37069412